

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)**

vom 02. August 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. August 2023)

zum Thema:

**Eingangssperrung am U-Bhf Residenzstraße**

und **Antwort** vom 13. August 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. August 2023)

Senatsverwaltung für  
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16298  
vom 02.08.2023  
über Eingangssperrung am U-Bhf Residenzstraße

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die BVG um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Frage 1:

Warum ist der U-Bahn-Eingang Residenzstraße/ Emmentaler Str. gesperrt?

Frage 2:

Handelt es sich um eine vorübergehende Sperrung oder wird dieser Eingang dauerhaft geschlossen bleiben? Falls vorübergehend, bis wann wird die Sperrung voraussichtlich dauern?

Frage 3:

Gibt es einen geplanten Zeitpunkt für die Wiedereröffnung des Eingangs, falls er vorübergehend geschlossen wurde?

Antwort zu Fragen 1 bis 3:

Aufgrund des Sachzusammenhanges werden die Fragen 1 bis 3 gemeinsam beantwortet.

Nach Auskunft der BVG ist der Zugang aufgrund des barrierefreien Ausbaus des U-Bahnhofes gesperrt. Die Wiedereröffnung des vorübergehend gesperrten Zuganges ist für Ende 2023 geplant.

Frage 4:

Wie wird sichergestellt, dass das umliegende Gewerbe durch die Sperrung keine wirtschaftlichen Einbußen trägt?

Antwort zu 4:

Baumaßnahmen im Umfeld der Geschäftsräume begründen im Rahmen des allgemeinen Unternehmerrisikos keinen Entschädigungsanspruch, sofern die Baumaßnahmen die Ausübung der Geschäftstätigkeit nicht unmöglich machen.

Berlin, den 13.08.2023

In Vertretung

Dr. Claudia Elif Stutz  
Senatsverwaltung für  
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt